



## Bericht aus Berlin

27. Januar 2023

*Liebe Freundinnen und Freunde,*

nun also doch! Nach einer gefühlten Ewigkeit des Zögerns und Zauderns will Olaf Scholz jetzt die Lieferung von Leopard-Panzern an die Ukraine ermöglichen. Dies betrifft zum einen die Lieferung aus Drittstaaten, zum anderen will Deutschland selbst 14 Leopard aus Bundeswehrbeständen abgeben. Eine nicht eben üppige Zahl im Vergleich der Bündnispartner, aber immerhin ein Schritt in die richtige Richtung. Denn die Zeit drängt: Russland nutzt den im Winter festgefahrenen Stellungskrieg für eine massive Aufrüstung. Sicherlich, vieles, was dort für die Front flott gemacht wird, stammt aus veralteten Sowjet-Beständen. Die schiere Masse an Material auf russischer Seite wird für die Ukraine dennoch zur ernststen Bedrohung. Allein mit Mut und dem unbedingten Willen zur Verteidigung des eigenen Landes werden die Ukrainer sich kaum gegen die drohende russische Großoffensive im Frühjahr wehren können. Hinzu kommt: So wichtig die schlagkräftigen westlichen Panzer im Kampf gegen die russische Übermacht sind – ihr Einsatz setzt eine intensive Ausbildung der ukrainischen Truppen voraus. Selbst wenn man alles auf die im Gefecht absolut unverzichtbare Basis zusammenstreicht, dürfte es bereits Frühjahr sein, bis die Ukrainer die Kampfpanzer effektiv und ohne unnötige Verluste einsetzen können. Hier zeigt sich einmal mehr: Die Ukraine ist bereit, alles für die Verteidigung ihres Staatsgebietes – und damit letztlich auch von Europas Grenzen - zu tun. Dafür braucht sie aber nach wie vor mehr Unterstützung und vor allem mehr Tempo in den Entscheidungen der westlichen Bündnispartner. Gerade hier hat die unklare deutsche Linie in den vergangenen Monaten schweren Schaden angerichtet: Zuvorderst in der Ukraine durch eine Verlängerung des Leids aber auch außenpolitisch hat Deutschland bei seinen Partnern Vertrauen verspielt.

Ein weiterer Reibepunkt für Europa und die USA besteht in den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Die USA klotzen: Ihr zum Jahresbeginn in Kraft getretenes Gesetz zur Inflationsbekämpfung sieht massive Subventionen in dreistelliger Milliardenhöhe für Investitionen in Klimaschutz, erneuerbare Energien und saubere Technologien wie Batteriezellen und grünen Wasserstoff vor. Die Rahmenbedingungen setzen selbstbewusst auf „Buy American“: Wer die üppige und vor allem unbürokratische Förderung erhalten will, muss in den USA produzieren, was den USA nutzt. Dass es in diesem knallharten Wettbewerb nicht um etwas Abstraktes, sondern um ganz konkrete Zukunftschancen vor Ort geht, zeigt das Beispiel Northvolt. Die fast schon als sicher eingetütete Ansiedelung bei Heide steht wieder auf der Kippe und könnte sich auf unbestimmte Zeit verzögern. Dass das Unternehmen – bei hierzulande explodierenden Energiepreisen - dem Lockruf des großen Geldes von der anderen Seite des Atlantiks nur schwer widerstehen kann, ist aus unternehmerischer Sicht durchaus nachvollziehbar. Was also tun? Europa muss schnell reagieren, es muss Verhandlungen mit den USA führen, um endlich einen nordatlantischen Wirtschaftsraum zu schaffen. Und es muss intern schnellstens das eigene Bürokratieproblem lösen und vorhandene Mittel auf wichtige Zukunftsfelder konzentrieren. Nach einem eher zögerlichen Einstieg zeigt sich hier eine positive Entwicklung. Am 1. Februar will die EU-Kommission eine Reaktion auf das amerikanische Gesetz zur Inflationsbekämpfung vorlegen. Peinlich nur: Ausgerechnet Deutschland glänzt wieder einmal durch Entscheidungsschwäche und Sprachlosigkeit.

Seite 1



## Bericht aus Berlin

27. Januar 2023

Wir als Unionsfraktion bringen deshalb eigene Vorschläge ein und fordern die Bundesregierung auf, nach Monaten der Untätigkeit endlich das Heft des Handels in die Hand zu nehmen.

Vergleichsweise schnell bei der Hand war die Ampel mit ihrem Gesetzentwurf zur Wahlrechtsreform. Die Kernpunkte: Überhang- und Ausgleichsmandaten entfallen komplett, Wahlkreissieger mit eher geringem Vorsprung (verglichen mit anderen Wahlkreisen desselben Bundeslandes) werden ihr eigentlich gewonnenes Mandat dafür nicht erhalten. Für die Union ist diese Schwächung der Erststimme eine Verletzung des Demokratieprinzips und eine Missachtung des Bürgerwillens. Um die – überfällige! – Wahlrechtsreform auf den Weg zu bringen legen wir einen Kompromissvorschlag vor, der an mehreren Stellschrauben ansetzt. Die Zahl der Wahlkreise sinkt, zusätzliche Mandate werden reduziert. Kernpunkt hier: Das Direktmandat wird als unmittelbarer Ausdruck des Wählerwillens nicht angetastet. Im Endeffekt würden beide Modelle den Bundestag wirkungsvoll verkleinern. Durch den Erhalt des Direktmandates, also der Stimme für eine Person und nicht für eine Parteiliste, gibt der Unionsvorschlag dem Wähler mehr Einflussmöglichkeit und letztlich Macht. Wie schwierig das Thema ist, möchte ich Ihnen an einem Beispiel verdeutlichen. Ich ganz persönlich wäre bei der Wahlrechtsreform der Ampel fein raus: Die CDU ist in Schleswig-Holstein traditionell stark, in meinem Wahlkreis kann ich auf Rückhalt und hervorragende Unterstützung meiner Wähler zählen. Danke dafür! Nehmen wir als Gegenbeispiel einen CDU-Kollegen aus den neuen Bundesländern.

Er hat sich mit einem engagierten Wahlkampf gegen den Konkurrenten der AfD durchgesetzt und den Wahlkreis knapp gewonnen – das hart erkämpfte Mandat fällt allerdings schlicht und einfach unter den Tisch. Es ist damit relativ wahrscheinlich, dass der Wahlkreis keinen Vertreter in Berlin und keinen direkten Ansprechpartner vor Ort hat. Oder aber der erstunterlegene AfD-Kandidat zieht oder andere unterlegene Kandidaten ziehen über ihre Landesliste ein und sind dann Abgeordnete im Wahlkreis.

In meinen Augen ginge damit ein ganz wesentlicher Bestandteil gelebter Demokratie verloren. Bei Politik geht es eben nicht nur um Parteien, sondern vor allem auch um Personen. Es geht um Menschen, die sich für ihre Heimat engagieren, die als Politiker Verantwortung übernehmen und jederzeit bereit sind, den Bürgern vor Ort Rede und Antwort zu stehen.

In seinem Bericht an die Bundestagsfraktion, den ich Ihnen und Euch in der Anlage übersende, geht der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz MdB, auf folgende Themen ein:

- Unser Leitantrag der Woche: „Eine europäische Antwort auf das U.S.-Gesetz zur Inflationbekämpfung geben – Standort Europa stärken, transatlantische Partnerschaft ausbauen“.
- Aktuelle Stunde: Leopard-Blockade der Bundesregierung beenden – Kein weiteres Vertrauen bei Verbündeten verspielen.
- Wahlrechtsreform: Bundestag verkleinern, Bürgerstimme stärken.

*Ihr/Erer*  
*Mark Helfrich*

Seite 2



Friedrich Merz MdB, Vorsitzender

## Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

am 24. Januar 2023

20. WP/ 26

### I. Kernbotschaften der Woche

**Unser Leitantrag der Woche: „Eine europäische Antwort auf das U.S.-Gesetz zur Inflationsbekämpfung geben – Standort Europa stärken, transatlantische Partnerschaft ausbauen“.**

Das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung (Inflation Reduction Act) ist zu Anfang des Jahres in Kraft getreten. Es sieht massive Subventionen in dreistelliger Milliardenhöhe für Investitionen in Klimaschutz, erneuerbare Energien und saubere Technologien in den USA vor. In der EU werden Wettbewerbsverzerrungen und eine Verlagerung von Industrie nach Nordamerika befürchtet. Ein Vorschlag der EU-Kommission zur Reaktion auf das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung ist für den 1. Februar 2023 angekündigt.

Angesichts der Förderung der Industrie in Nordamerika und den hiesig stark gestiegenen Energiekosten muss Europa seine Standortbedingungen und Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Bundesregierung und EU-Kommission müssen sich in Washington, D.C. entschieden für eine Gleichbehandlung europäischer Unternehmen einsetzen. Die monatelange Untätigkeit der Bundesregierung gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa. Seit Monaten warten Wirtschaft und unsere europäischen Partner auf eine klare Position der Bundesregierung zum U.S.-Gesetz zur Inflationsbekämpfung. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken. Dazu zählt ein nationales und europäisches Belastungsmoratorium, eine Vertiefung insbesondere der transatlantischen Handelsbeziehungen und gezielte Anreize für Innovation und Investitionen in Europa.

**Aktuelle Stunde: Leopard-Blockade der Bundesregierung beenden – Kein weiteres Vertrauen bei Verbündeten verspielen.**

Auch nach dem Ramstein-Treffen und dem Festakt zu 60 Jahren Élysée-Vertrag in Paris hat die Bundesregierung keine Entscheidung über die Lieferung von

Leopard-Kampfpanzern getroffen. Zuletzt hörten wir erste Anzeichen für eine Entscheidung, aber eine offizielle Bestätigung steht weiter aus. Professionelle Kommunikation geht anders.

Es ist im direkten strategischen Interesse Deutschlands, dass die Ukraine sich gegen Russland behauptet. Sicherheit in Europa wird es auf absehbare Zeit nur geben können, wenn die politische und militärische Abwehr des russischen Großmachtstrebens gelingt. Daher muss nun der nächste Schritt zur Ertüchtigung der Ukraine erfolgen. Dies kann zunächst die Lieferung instandgesetzter Leopard-1 bedeuten, es kann auch eine pragmatische Exportgenehmigungspolitik bei lieferbereiten Alliierten sein. Bei Lieferungen aus Bundeswehrbeständen muss in Rücksprache mit der Industrie eine lückenlose Nachbeschaffung sichergestellt werden.

Mit seinem Zögern und Zaudern gefährdet der Bundeskanzler ein direktes strategisches Interesse Deutschland. Der außenpolitische Reputationsschaden des letzten Jahres ist enorm. Die osteuropäischen und baltischen Alliierten zweifeln an unserer Verlässlichkeit. Die USA werden als „Feigenblatt“ für Eskalationsängste im Kanzleramt vorgeschoben. Das deutsch-französische Verhältnis befindet sich auf einem Tiefpunkt. Die Koalitionspartner streiten. Die Lieferung von Leopard-Kampfpanzern muss jetzt schnell entschieden und klar kommuniziert werden.

### **Wahlrechtsreform: Bundestag verkleinern, Bürgerstimme stärken.**

Die Ampel hat uns am 15. Januar 2023 „exklusiv und vertraulich“ einen Gesetzentwurf zur Wahlrechtsreform übersandt – und auch unmittelbar der Presse zugespielt. Diesen Gesetzentwurf hat die Ampelkoalition nun in den Bundestag eingebracht und wir beraten ihn in dieser Woche in erster Lesung.

Kern des Vorschlags der Ampel ist eine feste Begrenzung des Bundestages auf 598 Abgeordnete bei 299 Wahlkreisen. Die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag orientiert sich dabei allein an den abgegebenen „Hauptstimmen“. Überhang- und Ausgleichsmandate werden abgeschafft. Wenn in einem Bundesland mehr Direktmandate anfallen als einer Partei nach dem Hauptstimmenergebnis zustehen, werden diese überhängenden Direktmandate „gekappt“. Mit anderen Worten: ein gewonnener Wahlkreis ist noch längst kein gewonnener Wahlkreis. Manche Wahlkreise werden so ohne Abgeordneten in Berlin sein. Die Bürgerstimme wird also entwertet.

Wir verhandeln auf verschiedenen Ebenen mit der Ampel über einen möglichen gemeinsamen Weg hin zu einer Wahlrechtsreform, welche die Bürgerstimme erhält und die Größe des Deutschen Bundestags spürbar

reduziert. In einem Antrag, den wir in dieser Woche ebenfalls in erster Lesung beraten, haben wir fünf Punkte für einen Kompromiss formuliert. Mit unseren Vorschlägen erhalten wir den Wert der Bürgerstimme. Wir stellen sicher, dass jeder Wahlkreis und damit jeder Bürger weiterhin einen Wahlkreisabgeordneten in Berlin hat. Der Deutsche Bundestag würde mit unseren Vorschlägen dennoch deutlich verkleinert und auf rund 600 Mandate reduziert. Die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate würde nur so klein ausfallen, dass sie kaum ins Gewicht fallen. Dieses Wahlrecht wären wir bereit, in einem großen politischen Konsens schnell im Deutschen Bundestag zu beschließen.

## **II. Die Woche im Parlament**

### **1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion**

Die Bürgerinnen und Bürger in Belarus haben sich im Sommer 2020 in ihrer überwiegenden Mehrheit für einen demokratischen Wechsel entschieden. Sie haben Lukaschenka und seinem Regime das Vertrauen und die Unterstützung entzogen. Mit friedlichen Protesten und Massenstreiks haben sie ihren Wunsch nach einem modernen, weltoffenen Land unterstrichen. Vom erzwungenen Exil aus setzen sich die demokratischen Kräfte, darunter vor allem Swetlana Tichanowskaja – die legitime Gewinnerin der Wahlen von 2020 – weiter für diesen Wandel ein. Auch im Land selbst setzen mutige Initiativen im Untergrund die Arbeit fort. Mit unserem Antrag **Belarus in die europäische Völkerfamilie zurückführen – Den Freiheitswillen der Menschen unterstützen** fordern wir, dass sich Deutschland weiterhin innerhalb der EU und in Abstimmung mit engen Partnern für harte und gezielte Sanktionen gegen den gesamten belarussischen Sicherheits- und Geheimdienstapparat einsetzt. Außerdem sollen den Opfern von Gewalt, Repression und Folter großzügige Unterstützung gewährt werden. Die Einreise für belarussische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die nachweislich politisch verfolgt sind, ist zu erleichtern. Die Unterstützung für die demokratischen Kräfte, insbesondere für das von Swetlana Tichanowskaja geleitete Übergangskabinett im Exil, für die belarussische Zivilgesellschaft und für freie Medien ist politisch und finanziell unvermindert fortzusetzen und auszubauen.

**Politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Lateinamerika stärken – Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten in Kraft setzen.** Die EU und die vier Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay haben vor über 20 Jahren die Verhandlungen über ein gemeinsames Assoziierungsabkommen aufgenommen. Im Juni 2019 wurde eine politische Einigung über den

Handelsteil des Abkommens erzielt. Mit dem Abkommen würde mit über 700 Millionen Einwohnern eine der größten Freihandelszonen der Welt entstehen. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich mit Nachdruck für eine schnelle Ratifikation des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens einzusetzen. Ein solches Abkommen ermöglicht eine stärkere Diversifizierung und somit weniger Abhängigkeit von einzelnen Staaten.

In abschließender Beratung befassen wir uns mit dem von uns vorgelegten Antrag **Stärkung der beruflichen Bildung – Strukturierte Berufsorientierung ermöglichen und gleichwertige Qualifikationen konsequent sicherstellen**. Darin betonen wir die Bedeutung der beruflichen Ausbildung als einem Standbein des starken deutschen Mittelstandes. Um dem Fachkräftemangel zukünftig zu begegnen, muss die Attraktivität der beruflichen Bildung wie auch die optimale und effektive Zusammenführung von Ausbildungsplatzbewerbern und Ausbildungsbetrieben gestärkt werden. In diese Richtungen zielt der Antrag und setzt die Maßnahmen fort, die unter der CDU/CSU-geführten Bundesregierung bereits in der 18. und 19. Legislaturperiode begonnen worden.

Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Das hat die unionsgeführte Regierungskoalition mit der Verschärfung des 2019 verabschiedeten Klimaschutzgesetzes im Jahr 2021 beschlossen. Bereits bis 2030 sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken. Die Entscheidungen der Bundesregierung in der aktuellen Energiekrise machen es für Deutschland aber noch schwerer, die ambitionierten Klimaziele zu erreichen. Mit unserem Antrag **Carbon Capture and Storage (CCS) / Carbon Capture and Utilization (CCU) und Negativemissionen – Chancen für Klima, Industrie und Wohlstand** fordern wir: CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherungstechnologien (CCS) und perspektivisch auch Nutzungstechnologien (CCU) sind mit Nachdruck voranzubringen. Wir verstehen sie als komplementäre Instrumente eines Innovationswettbewerbs. Sie ergänzen den für das Ziel der Klimaneutralität 2045 notwendigen und weiter zu beschleunigenden Ausbau der erneuerbaren Energien und energieeffizienter Produktionsprozesse, anstatt diese auszubremsen. Wir können uns den Luxus weiterer Entweder-oder-Debatten nicht mehr leisten. Die Ampel-Regierung ist jetzt gefordert, ihre angekündigte „Carbon Management Strategie“ zügig vorzulegen. Eine wirkungsvolle CCS- und CCU-Strategie kann einen Schutzschirm für Klima, Industrie und Wohlstand bilden. Unser Antrag legt dafür 10 konkrete Punkte vor.

Mit unserem Antrag **Nationale Wasserstrategie – Lösungsorientiert, nachhaltig und kooperativ umsetzen** stellen wir die Wichtigkeit der Ressource Wasser in all ihren Facetten dar. Mit unserer Initiative machen wir

deutlich, dass die Umsetzung der umfangreichen Strategie der Bundesregierung und des damit verbundenen Aktionsprogramms lösungsorientiert, nachhaltig, kooperativ und unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips zu erfolgen hat. Der Antrag wird noch rechtzeitig vor dem Kabinettsbeschluss in das Plenum eingebracht, um zentralistischen und ideologiegetriebenen Tendenzen des bisherigen Entwurfs der Nationalen Wasserstrategie entgegenzutreten. Gerade bei der öffentlichen Wasserversorgung müssen die regionalen Gegebenheiten im Sinne des Subsidiaritätsprinzips weiterhin ausschlaggebend sein – und eben nicht bundeseinheitliche Vorgaben. Unser Antrag legt die Mängel der Strategie der Bundesregierung offen und gibt der Exekutive Umsetzungsleitlinien mit auf den Weg.

**Die wertvollen ökologischen Leistungen unserer Wälder anerkennen und ein entsprechendes Vergütungssystem für Waldbewirtschaftung schaffen.** Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Leistungen des Ökosystems Wald – sowohl seine CO<sub>2</sub>-Senkenleistung wie auch die Substitutionsleistungen der nachhaltigen Holznutzung – besser anzuerkennen. Darauf aufbauend soll ein Honorierungssystem entwickelt werden, mit dem Waldbesitzer eine finanzielle Anerkennung für die vielfältigen Leistungen des Waldes erhalten. Abschließend wird die Bundesregierung aufgefordert, keine weiteren Extensivierungsmaßnahmen vorzunehmen. Sie soll sich EU-Ebene dafür einzusetzen, dass im Zuge der verschiedenen Strategien des Green Deals (wie Biodiversitätsstrategie bzw. EU-Waldstrategie für 2030) keine weiteren Flächen in den Wäldern stillgelegt werden, sondern für eine nachhaltige Bewirtschaftung erhalten bleiben.

Digitale Identitäten sind der Schlüssel zur Digitalisierung Deutschlands. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb: **Sichere digitale Identitäten schnellstmöglich in Deutschland einführen.** Die Ampelregierung hat zwar die digitalen Identitäten als eines der Hebelprojekte in ihrer Digitalstrategie benannt, setzt diese aber nicht ausreichend um. Die Bundesregierung darf nicht wie im gesamten Jahr 2022 bei dem wichtigen Thema „digitale Identitäten“ weiter untätig bleiben, sondern muss die in der vergangenen Legislaturperiode angestoßenen Projekte weiterentwickeln. Wir fordern daher die Bundesregierung u.a. auf, (1) noch im 1. Quartal 2023 eine Strategie für digitale Identitäten zu formulieren, (2) die Zuständigkeiten für das Thema digitale Identitäten innerhalb Bundesregierung zu klären, und (3) einen Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Authentifizierung mit staatlichen Stellen durch eine digitale Identität ab dem 1. Januar 2025 einzuführen.

## 2. Sonstige Tagesordnungspunkte

Zum **Jahreswirtschaftsbericht 2023** wird Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck eine Regierungserklärung abgeben, darüber hinaus debattieren wir über das **Jahresgutachten 2022/23 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**. Der Bericht wird die wirtschafts-, energie-, klima- und finanzpolitischen Schwerpunkte der Ampel darstellen. Zudem wird der Stand der Umsetzung in den einzelnen Schwerpunktbereichen skizziert. Wir sehen die bisherige Leistung der Ampel in der Wirtschaftspolitik sehr kritisch. Deutschland ist inmitten einer Energiekrise, für 2023 gehen Experten von einer Rezession aus. Zu bewältigen sind kurzfristige Herausforderungen (Inflation, hohe Energiepreise, gestörte Lieferketten etc.) als auch strukturelle Herausforderungen (relativ hohe Steuer- und Abgabenlast, wenig flexible Arbeitsmärkte, überbordende Bürokratie, zögerliche Digitalisierung, Fachkräftemangel, Klimaschutz etc.). Es geht um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland, um Wachstum und unseren Wohlstand. Der Jahreswirtschaftsbericht 2023 liefert kein schlüssiges Gesamtkonzept, um die Konjunktur in Deutschland wieder dauerhaft anzukurbeln. Er legt einen starken Fokus auf Fragen der Energie und des Klimaschutzes, klassische Wirtschaftspolitik ist dagegen Fehlansage. Dazu passt, dass die Wachstumsmessung aufgeweicht wird, indem stärker Indikatoren der Nachhaltigkeit und Wohlfahrt berücksichtigt werden. Jetzt braucht es dringend neue wirtschaftspolitische Impulse für einen „Restart“ der Wirtschaft und einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung. Insbesondere sollte eine De-Industrialisierung Deutschlands vermieden und Unternehmen, vor allem des Mittelstands, gezielt entlastet werden.

### **III. Wichtige Termine und Ausblick**

#### **1. Inland:**

- 20.-29. Januar: Grüne Woche in Berlin,
- 24. Januar: Erster Jahrestag der ersten Straßenblockaden der Gruppe „Letzte Generation“,
- 24. Januar: Urteil des BVerfG zur Parteienfinanzierung,
- 24. Januar: Festrede BK Scholz anlässlich der Gründung der Deutschen Industrie- und Handelskammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts,
- 24. Januar: Rede BK Scholz beim WELT-Wirtschaftsgipfel,
- 24. Januar: Auftakt Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst (Bund, Kommunen),
- 24.- 26. Januar: Tagung des Deutschen Städtetages,
- 25. Januar: Regierungsbefragung mit BK Scholz,
- 25. Januar: BK Scholz empfängt Mitglieder des Wissenschaftsrats,
- 26. Januar: Koalitionsausschuss,

- 26. Januar: KAS-Energiekonferenz,
- 26. Januar: Abschluss der Feierlichkeiten zum 125. Jubiläum des Deutschen Caritasverbandes mit BMin Paus,
- 26. Januar: Jahres-PK Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft,
- 27. Januar: Teilnahme BK Scholz an Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus,
- 27. Januar: Dritter Jahrestag des ersten Corona-Nachweises in Deutschland.

## 2. **Außen/EU:**

- 24. Januar: Gespräch BK Scholz mit dem Vorstandsvorsitzenden der Gedenkstätte Yad Vashem, Herrn Dani Dayan,
- 24. Januar: BK Scholz trifft tschechischen Ministerpräsidenten Petr Fiala am Rande des WELT-Wirtschaftsgipfels,
- 24. Januar: Rede BM Baerbock vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats,
- 24. Januar: BMZ stellt neue Afrika-Strategie vor,
- 25. Januar: BK Scholz empfängt die isländische Ministerpräsidentin Jakobsdóttir,
- 26./27. Januar: informeller Innen-/Justizministerrat (Migration, Bekämpfung organisierter Kriminalität, Ukraine),
- 27./28. Januar: Stichwahl um das Staatspräsidentenamt in Tschechien,
- 28.-31. Januar: BK Scholz reist nach Südamerika: Brasilien, Argentinien und Chile.